

22. Wahlperiode

**Antrag**

**der Abgeordneten Danial Ilkhanipour, Astrid Hennies, Dagmar Wiedemann, Uwe Lohmann, Iftikhar Malik, Anja Quast, Sören Schumacher, Olaf Steinbiß, Dr. Sven Tode, Carola Veit (SPD) und Fraktion**

**und**

**der Abgeordneten Alske Freter, Linus Görg, Filiz Demirel, Rosa Domm, René Gögge, Dr. Adrian Hector, Lisa Maria Otte, Yusuf Uzundag, Eva Botzenhart, Sina Imhof, Jennifer Jasberg, Lisa Kern, Sina Aylin Koriath, Sonja Lattwesen, Andrea Nunne, Lena Zagst (GRÜNE) und Fraktion**

**und**

**der Abgeordneten David Erkalp, Dennis Gladiator, Dr. Anke Frieling, Richard Seelmaecker, Prod. Götz Wiese (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Entschließung zur Umsetzung der Resolution des 20. Parlamentsforums  
Südliche Ostsee zum Thema „Sicherheit im südlichen Ostseeraum“**

Vom 15. bis 17. September 2024 fand zum 20. Mal die gemeinsame Konferenz der Parlamente des südlichen Ostseeraumes – das 20. Parlamentsforum Südliche Ostsee – in Glücksburg unter Vorsitz des Schleswig-Holsteinischen Landtages statt. Im Mittelpunkt stand das zentrale Thema „Sicherheit im südlichen Ostseeraum“, das angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage durch den andauernden russischen Angriffskrieg auf die Ukraine von besonderer Dringlichkeit ist.

Empfänger der Schlussresolution sind das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, der Europäische Rat, der Ausschuss der Regionen, nationale sowie regionale Regierungen und Landesparlamente im Ostseeraum. Zudem richten sich die Empfehlungen an die EU-Ostseestrategie und verschiedene politische Organisationen des Ostseeraums wie die Ostseeparlamentarierkonferenz, in die die Hamburgische Bürgerschaft ebenfalls eine Delegation entsendet.

Am 20. Parlamentsforum Südliche Ostsee nahmen Delegationen aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, den Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren teil. Auch der Regionalrat der südschwedischen Region Schonen und die Region Klaipėda beteiligten sich als assoziierter Partner. Die Gebietsduma von Kaliningrad blieb aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine weiterhin von der Mitwirkung ausgeschlossen.

Während der inhaltlichen Beratung im Plenum wurden die Teilnehmenden von verschiedenen Sachverständigen zu sicherheitsrelevanten Themen informiert, unter anderem zu Fragen der militärischen Präsenz, des Schutzes kritischer Infrastrukturen, der Abwehr von Cyberangriffen und Desinformationskampagnen sowie der zivilen Resilienz. Auch der Schutz von Handelsrouten und die Stärkung der Energieresilienz, insbesondere durch den Ausbau erneuerbarer Energien, wurden erörtert. Als Ergebnis seiner Beratung beschloss das Parlamentsforum die als Anlage beigefügte Resolution.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

Die Bürgerschaft begrüßt die Ergebnisse des 20. Parlamentsforums Südliche Ostsee und stimmt der vom Parlamentsforum am 17. September 2024 verabschiedeten Resolution zu.

**Der Senat wird ersucht,**

die Resolution des 20. Parlamentsforums Südliche Ostsee umzusetzen und sich im Rahmen seiner Zuständigkeiten für die in der Resolution enthaltenen Forderungen einzusetzen. Dabei soll besonderes Augenmerk auf die Stärkung der zivilen und militärischen Sicherheit, den Schutz kritischer Infrastrukturen und die Abwehr von hybriden Bedrohungen gelegt werden. Über die diesbezügliche Entwicklung im Ostseeraum soll die Bürgerschaft regelmäßig unterrichtet werden.